

Entfesselt die Fachhochschule!

Christian Schaft, Tobias Schulze

Das einstige Reformmodell Fachhochschule hat sich entwickelt, aber wohl anders als dereinst in den 60er Jahren gedacht. Als wissenschaftliche Bildungseinrichtungen gegründet, erfüllen die Hochschulen für angewandte Wissenschaft heute vielfältige Funktionen in Forschung, Transfer, in einem wissenschaftlich bildenden Studium und in der Kooperation mit Dritten. Seit mehr als 50 Jahren haben die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften eine Vielzahl von Reformschritten umgesetzt. In den vergangenen Jahren hat sich unter dem Paradigma „Gleichwertig, aber andersartig“ die Anwendungsorientierung von Forschung und Lehre als zentrales Differenzierungsmerkmal in der hochschulpolitischen Debatte herauskristallisiert. Universitäten, Fachhochschulen und duale Hochschulen nehmen unterschiedliche Rollen und Funktionen in Lehre und Forschung wahr. Allerdings nicht auf Augenhöhe. Faktisch haben wir vor allem eine vertikale Differenzierung.

Unsere These daher zu Beginn: die Andersartigkeit könnte sich noch viel besser entfalten, wenn die Gleichwertigkeit ernst genommen würde. Oder anders: die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften können viel mehr, als sie derzeit dürfen. Im Finanzierungs- und Anreizgeflecht aus Forschungs- und Exzellenzförderung, auch Hochschul- bzw. Zukunftspakt sowie aus Grundmitteln, wettbewerbsorientierter Projektförderung und Rechtsetzungen der Länder werden statt der Entfesselung die begrenzenden Faktoren perpetuiert. Kaum jemand in der politischen Szenerie spricht das aus, aber es bleibt offensichtlich: die Rahmenbedingungen fesseln die Fachhochschulen in ihrer Rolle als kostengünstige Ausbildungsstätte, die zum Abarbeiten jeweils festgestellter „Studierendenberge“ benötigt wird. Mehr als ein Drittel der Studierenden sind an einer HAW eingeschrieben, Tendenz weiter langsam steigend. Immer wieder wurde die Fachhochschule als Regelhochschule gefordert (Mittelstraß 1994, Günther 2019), aber dafür ist die Frage zu klären, was eine Regelhochschule leisten und wie sie ausgestattet sein muss.

Da derzeit (wieder einmal) über die zukünftige Struktur unseres Wissenschafts- und Hochschulsystems diskutiert wird, sollten wir uns der

Debatte stellen, ob wir die HAWen entfesseln wollen und wenn ja, wie und wohin.

A. Anwendungsorientierung ist mehr als Berufsausbildung und Auftragsforschung

Eine Folge der wenig strategisch angelegten Entwicklung dieser Hochschulart ist das eingeschränkte Fächerspektrum. Nähme man Anwendungsorientierung zum Differenzpunkt, ließen sich viele weitere Fächer an den HAW denken. So wird etwa in Rechtswissenschaften, Sozial- und Kulturwissenschaften, aber in Lebenswissenschaften anwendungsorientiert geforscht und gelehrt. Ob Jura, Politik, Psychologie oder Kommunikation, ob Medizin oder Biotechnologie oder auch die Lehrkräfteausbildung – vielen bisher universitären Fächern bleibt die Anwendung immanent. Während an Universitäten angesichts der immensen drittmittelinduzierten Third Mission über den Mangel an Möglichkeiten zur intrinsisch motivierten Grundlagenforschung geklagt wird, bleibt den HAW der Zugang zu diesen Fächern jedoch bisher weitgehend verwehrt.

Zur Lösung dieser Herausforderung wäre zum einen über neue Hochschulmodelle nachzudenken. Das einstige angedachte Reformmodell der Gesamthochschule könnte wieder in den Blick genommen und modernisiert werden. Besonders Hochschulen in strukturschwachen Räumen, die mangels Masse an Ressourcen und Studierenden ins Hintertreffen geraten und in Zeiten des Exzellenzparadigmas ihr Profil suchen, könnten von diesem Modell profitieren. Mit der wohl eher aus der haushalterischen Not heraus geborenen Fusion der TU Cottbus mit der FH Senftenberg im Jahr 2013 entstand ein Präzedenzfall, dessen qualitative Entwicklung zu beobachten ist. Aber auch deutschlandweit könnten Kooperationen oder gar Fusionen kleinerer Universitäten mit Fachhochschulen bzw. Hochschulen für Angewandte Wissenschaften die traditionelle Versäulung überwinden. So ist beispielsweise der Bereich der Akademisierung der Pflege kaum eindeutig einem Hochschultyp zuzuordnen. Einerseits klar für Ausbildung und Anwendung orientiert, werden hier doch sozialwissenschaftliche und lebenswissenschaftliche Forschungs- und Studieninhalte benötigt – an der Schnittstelle von Universitäten, Universitätsmedizin und HAW. Auch gemeinsame Studiengänge zur Ausbildung von Berufsschullehrenden an Hochschulstandorten mit Universitäten und HAWen könnten die Attraktivität und Zahl der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter steigern mit einer entsprechenden Verzahnung der Bildungs- und Fachwissenschaften für die allgemeinbildenden Fächer und beruflichen Fachrichtungen.

Aber natürlich, statt der Integration ist auch die Öffnung des Fächerspektrums der HAWen zu diskutieren. In den 2000er Jahren etwa wurden im Rahmen der Hochschulverträge Mittel über einen Strukturfonds von den Universitäten an die Fachhochschulen verteilt, die wiederum neue innovative Studiengänge eröffnen konnten. Auch in diesem Fall wurde eine dramatische haushalterische Notlage genutzt, um neue Modelle zu initiieren. Diese Jahre wirken bis heute nach: für die Universitäten als schwere Einschnitte, die damaligen Fachhochschulen starteten jedoch einen Erfolgslauf, der bis heute anhält.

B. Forschungsförderung ganzheitlich definieren

Welchen Stellenwert die Forschungsförderung im Fachhochschulbereich einnimmt, lässt sich an einer Zahl ablesen: das entsprechende Programm des BMBF verausgabte im Jahr 2021 75 Millionen Euro. Die Bundesregierung sieht das als Erfolg, schließlich sei es von 10,5 Millionen im Jahr 2010 auf diesen Wert angewachsen. Die Relation wird allerdings deutlich, wenn die für DFG und Exzellenzstrategie verausgabten 3,5 Milliarden Euro jährlich daneben gestellt werden. Es gilt, die strukturelle und auch formale Ausgrenzung der HAW von diesen Programmen aufzuheben und Förderansätze über die Hochschularten hinweg auszubauen. Dies wird nur gelingen, wenn das Exzellenzparadigma einer kritischen Prüfung und Neujustierung unterzogen wird. Die Hochschulforschungsförderung von Bund und Ländern hat die Frage zu beantworten, ob sie sich vorrangig auf den universitären Grundlagenbereich an wenigen Standorten konzentriert oder ob sie das Wissenschaftssystem in seiner Breite, auch an kleineren Standorten und andere Funktionen als der internationalen Sichtbarkeit fördern will.

C. Das Promotionsrecht als Entwicklungsmotor

Die bisherigen Versuche, über kooperative Promotionen gemeinsam mit den Universitäten, den Nachwuchs der Fachhochschulen an die Forschung heranzuführen, blieben zumindest in Berlin weitgehend im homöopathischen Bereich (Plonske 2021). Eine gewisse Ausnahme bilden die ingenieurwissenschaftlichen Fächer. Insgesamt blieben die Anreize für Universitätsprofessorinnen und -professoren, Absolventinnen und Absolventen aus dem Fachhochschulbereich zu betreuen, angesichts der enorm steigen-

den Zahlen von Promovierenden aus der eigenen Alma Mater überschaubar. Am drängendsten zeigte sich das Problem der fehlenden Ausbildung des eigenen Nachwuchses jedoch in den Fächern, die keine Entsprechung an den Universitäten haben.

Wenn wir das Kriterium der Anwendungsorientierung als entscheidendes Profilmerkmal der HAW ernst nehmen, ist die Einführung des Promotionsrechtes für Fachhochschulen folgerichtig. Dissertationen zu anwendungsorientierten Forschungsthemen sind in vielen Fächern an Universitäten seit langem Usus. Mit dem Promotionsrecht wird zudem die den HAW zunehmend übertragene Aufgabe der Forschung personalstrukturell untersetzt. Wer die Möglichkeit zur Promotion anbieten kann, ist attraktiv für junge Menschen in ihrer häufig innovativsten wissenschaftlichen Schaffensphase.

Die zentralen Argumente des universitären Diskurses gegen das Promotionsrecht im Fachhochschulbereich lassen sich auf einen Nenner bringen: die Universitäten bangen um ihren Status. Schwerer wiegen da schon die Stimmen aus den HAW selbst, die angesichts des immensen Lehrdeputats, der fehlenden Mittelbaustellen und der generellen Unterfinanzierung eine weitere Überforderung sehen. Eine erfolgreiche Implementierung des Promotionsrechtes braucht jedoch die entsprechenden Rahmenbedingungen.

In den Ländern werden daher bedarfsgerechte Modelle zur Verankerung des Promotionsrechtes durch die Übertragung an einzelnen Fachhochschulen oder über die Kooperation in hochschulübergreifenden Promotionszentren entwickelt werden müssen. Und auch die Universitäten müssen sich in diesem Zusammenhang einem Qualitätsdiskurs stellen. Denn unabhängig von den Hochschultypen gilt es, die Qualifizierung von Promovierenden durch sinnvolle Qualitätssicherungssysteme zu begleiten. Dazu gehören insbesondere klar geregelte Anforderungen und Vereinbarungen zur Promotionsbetreuung und eine Ausgestaltung der Beschäftigungsbedingungen für Promotionsstellen im Sinne guter Arbeit in der Wissenschaft.

D. Ein Mittelbau an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sichert die Nachwuchsbildung

Bei den Debatten über wissenschaftliche Personalstrukturen an Hochschulen wird zumeist auf den universitären Sektor mit seiner ausdifferenzierten Stellenlandschaft fokussiert. An den Fachhochschulen hingegen dominiert eine Struktur der weitgehenden Ausstattung mit professoralem, unbefristet beschäftigtem Personal. Weder Juniorprofessuren noch Funktions- oder

Qualifikationsstellen im Mittelbau ergänzen diese. Was als wünschenswerte Struktur von eigenständigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit flachen Hierarchien gesehen werden kann, wirft angesichts der wachsenden Aufgaben für diesen Hochschultyp in Forschung, Lehre und Transfer die Frage auf, ob diese Struktur den Aufgaben angemessen ist.

Auch angewandte Forschung in größeren kollektiven Zusammenhängen benötigt ausdifferenzierte Stellenprofile – etwa für Bereiche des Wissenschaftsmanagements, der Publikationstätigkeit oder der Forschungs- und Dateninfrastruktur. Zuallererst werden Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch benötigt, um die Nachwuchsbildung über das Promotionsrecht auch im grundfinanzierten Bereich absichern zu können.

Auch im Bereich des Mittelbaus an HAW sammelt Berlin derzeit Pioniererfahrungen. Die Hochschulen haben Personalentwicklungskonzepte für diese Stellen erarbeitet, die sich erstaunlich voneinander unterscheiden und setzen diese mit Hilfe eines Landeszuschusses um¹. Einbezogen werden auch die konfessionellen Hochschulen.

Die Einführung eines Mittelbaus bringt jedoch Fragen und Konflikte mit sich, die nur im Rahmen einer universelleren Debatte über die Weiterentwicklung der Fachhochschulen gelöst werden können. So etwa müssen gerade die unbefristeten Postdoc-Stellen funktional beschrieben und von den Aufgaben der Professorinnen und Professoren abgegrenzt werden. Die Zugangswege zur FH-Professur sehen neben der akademischen Qualifikation auch praktische Berufserfahrung vor – diese Voraussetzung muss auch im Postdoc-Bereich sichergestellt werden. Löhnen wird sich deshalb der genaue Blick auf die Erfahrungen aus den Projekten im Kontext des Bundesländer-Programms „FH-Personal“, in dessen Rahmen bspw. die Ernst-Abbe-Hochschule in Jena mit dem Projekt KaP@EAH Einstiegshürden auf dem Weg zur Professur u.a. für „Seiteneinsteigende“ reduzieren will.

Auch das Lehrdeputat der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist derzeit in der Diskussion: Wenn wie üblich im unbefristeten Mittelbau acht Stunden gelehrt und mit E13 bezahlt wird, können Professuren durchaus unattraktiv wirken. Aber anstatt nun im Mittelbau das Deputat hoch und die Besoldung herunter zu stufen, muss es eher darum gehen, die Professuren attraktiver zu machen.

1 Mehr zu den Personalaufbaukonzepten der Berliner HAW im Wortprotokoll der Anhörung des Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 14.05.2018. Online unter www.parlament-berlin.de/adoss/18/WissForsch/protokoll/wf18-020-wp.pdf – Abruf am 09.03.2022.

Bei der Frage nach der Personalentwicklung an en HAW darf auch der Verwaltungsbereich nicht vergessen werden. Schon vor der Pandemie sind die administrativen und technischen Anforderungen auch an den Fachhochschulen gewachsen. Wenn Internationalisierung, Digitalisierung und eine soziale Öffnung der Hochschulen gelingen sollen, braucht es dazu auch das entsprechende Personal in der Hochschulverwaltung, das das wissenschaftliche Personal und die Studierenden unterstützt, um insbesondere dem Profil der Fachhochschulen und den Bildungsbiografien der Studierenden Rechnung zu tragen.

E. Das hohe Lehrdeputat als Entwicklungsbremse

Dass das vor 50 Jahren festgelegte, hohe Lehrdeputat der Professuren an HAW dem heutigen Aufgabenspektrum nicht angemessen ist, wird wohl kaum jemand bestreiten. Es behindert diesen Hochschultyp in der Leistungsentfaltung und überlastet und überfordert die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler strukturell. Wir leisten uns hier auch eine Verschwendung intellektuellen Potenzials, das in der Forschung und im Transfer fehlt. In fast allen Bundesländern sind Freistellungen von der Lehre für diese Aufgaben möglich, allerdings wenig planbar und immer wieder neu auszuhandeln. Und auch bei den Lehrkräften für besondere Aufgaben (LfBA) sehen wir durch die deutlich höheren Lehrdeputate im Vergleich zu ihren Universitätskolleginnen und -kollegen ein erhebliches Ungleichgewicht.

Dass sich das Deputat bis auf das Land Sachsen-Anhalt bei 18 Semesterwochenstunden so hartnäckig hält, hat einerseits mit dem politisch zugeschriebenen Status als Lehrhochschule, andererseits wohl noch mehr mit den Kosten einer perspektivischen Absenkung sowie einem möglicherweise resultierenden Personalmangel zu tun.

Wir plädieren angesichts dieser Zwänge für ein differenziertes Vorgehen: einerseits sollte das Deputat grundsätzlich und für alle Professuren abgesenkt werden. Auch andere Gruppen wie die LfBA müssen eine Entlastung erfahren. Zum anderen sollten die Möglichkeiten zur Reduzierung für besonders forschungsstarke Bereiche ausgeweitet werden. Dass nicht alle Professorinnen und Professoren gleich aktiv in Forschung und Transfer seien, ist zwar richtig, hat aber viel mit eben diesen Bedingungen zu tun. Wer die HAW entfesseln will, findet im Deputat eine entscheidende Stellschraube.

F. Bei der sozialen Mobilität weiter ganz vorn

Fachhochschulen sind für über 40 Prozent der Studierenden das Tor zur akademischen Ausbildung geworden. Insbesondere bieten sie Menschen einen Weg in die Wissenschaft, die nicht über den ersten Bildungsweg zur allgemeinen Hochschulreife gelangt sind. So beträgt der Anteil der Studierenden, die ohne allgemeine Hochschulreife an eine Fachhochschule kommen, 36 Prozent. An den Universitäten liegt dieser Anteil bei nur 14 Prozent wie den Daten der 21. Sozialerhebung des DSW zu entnehmen ist (Middendorf et al. 2021, S.30). Damit stellen Fachhochschulen einen wichtigen Baustein zur sozialen Öffnung der akademischen Bildung dar, der erhalten und ausgebaut werden sollte. Hierzu kommen die weitere Differenzierung und Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten für Studieninteressierte ohne Abitur, aber auch die gezielte Verbesserung des Übergangs von der Schule bzw. dem Beruf in das Fachhochschulstudium in Betracht.

Wer Mobilität ernst meint, muss auch die Durchlässigkeit erhöhen. Der Bologna-Prozess, begonnen zur Erhöhung der Mobilität zwischen Hochschulen und Hochschulsystemen sowie innerhalb der Fächer, hat – zumindest in der deutschen Variante – häufig zu weniger Mobilität geführt. Obwohl mit den gestuften Abschlüssen Bachelor und Master die Chance zum Aufbrechen der Mauern zwischen den Hochschularten bestanden hätte, wurde diese bisher nicht genutzt. In der Regel verhindern Universitäten den Zugang für Absolventinnen und Absolventen der HAW in Masterstudiengänge über entsprechende Zugangs- bzw. Zulassungsregeln. Hier können und sollten die Gesetzgeber entsprechende Vorgaben zur Anerkennung von Bachelorabschlüssen des Fachhochschulsektors machen.

G. Hochschulen der angewandten Wissenschaften als regionale Innovationstreiber

Die demografischen Herausforderungen, die allseits diskutiert werden, stellen insbesondere Regionen vor Herausforderungen, die durch Abwanderung und Fachkräftemangel beim Erhalt von Strukturen der öffentlichen und sozialen Daseinsvorsorge vor erheblichen Problemen stehen. Hochschulstandorte haben in diesem Zusammenhang auch eine regionale, infrastrukturelle und wirtschaftliche Bedeutung. Erwartet wird durch sie „die Sicherung des Fachkräftenachwuchses, Impulse zur Entwicklung regionaler Innovationstrukturen und Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer Herausforderungen“ (Pasternack 2013). Im Fokus stehen in

diesem Zusammenhang oft die regionalwirtschaftlichen Effekte. Untersuchungen zur regionalökonomischen Bedeutung dürfen allerdings bei der Frage danach, wie viele Geld pro eingesetztem Euro Steuergeld am Ende in der Bilanz steht, nicht stehen bleiben. Nicht das wirtschaftliche Potenzial einer Hochschule muss im Vordergrund stehen, sondern die Einbindung des Innovationssystems Hochschule in die Region mit all den daran gebundenen Facetten sozialräumlicher, demografischer und infrastruktureller Planung. Insbesondere Fachhochschulen sind durch die zentrale und nicht mehr wegzudenkende Aufgabe der anwendungsnahen Forschung und praxisnahen Studienangebote beispielsweise in Bereichen des Sozial- und Gesundheitsbereichs sowie der Mobilität und Ingenieurwissenschaften bewährte Kooperationspartnerinnen kleiner und mittelständischer Unternehmen geworden und damit wichtige strukturpolitische Anker in den Regionen jenseits der Metropolen.

Der Blick in die Rollen- und Findungsphase der Fachhochschulen in den 1990er Jahren im Osten Deutschlands zeigt diese Entwicklung nicht nur in besonderer Weise auf, sondern kann rückblickend auch wichtige Erfahrungen für die Debatte einbringen. So wurden bspw. 1991 aus den Fach- oder Ingenieurschulen in Schmalkalden und Jena ebenso Fachhochschulen wie 1997 der Standort in Nordhausen. Damit konnten regionale und überregionale Impulse für Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Gesellschaft in den Folgejahren geschaffen werden. Angesichts des nun immer drängenderen Problems des Fachkräftemangels, Klimawandels, sozialer Spaltung oder weltweiter Verteilungsprobleme muss die Rolle und Aufgabe von Fachhochschulen oder Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in den Regionen jenseits der Metropolen wieder in den Fokus. Denn gerade den Fachhochschulen und HAW kommt zur Gestaltung von regionalen Innovationsstrukturen und zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen in den Regionen – aber auch darüber hinaus – eine besondere Bedeutung zu. Projekte zur ressourcenschonenden Waldwirtschaft in Verbindung mit modernen Holzbauweisen, dem Ausbau der regenerativen Energietechnik oder nachhaltiger Mobilität und Logistik sind nur einige Beispiele dafür ebenso wie die Einbindung von Fachhochschulen in Netzwerken wie dem Zukunftszentrum Digitale Transformation Thüringen.

Es gilt deshalb, die Grundausrüstung der Fachhochschulen auszubauen und zusätzlich eine bedarfsgerechte Forschungsförderung auch für die Fachhochschulen zu entwickeln, mit denen die Problemlösung der genannten gesellschaftlichen Herausforderungen unterstützt werden kann. Damit würde auch dem Innovationsdruck, der durch die Politik derzeit über wettbewerbsfinanzierte Forschungsförderung sowie Projekte zur Stärkung der Third Mission bei der Kooperation mit Wirtschaft und Gesell-

schaft eröffnet wurde, besser Rechnung getragen. Auch Fachhochschulen und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften gilt es deshalb, statt wettbewerbsorientiert endlich bedarfsgerecht grundfinanziert auszustatten und sie auf Augenhöhe mit den hier beschriebenen Reformschritten zu unterstützen, damit ihr ganzes Potential im Wissenschaftssystem besser zum Tragen kommen kann, im besten Sinne also entfesselt wird.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Günther, Oliver: Wir müssen neu denken. Warum die Curricularnormwerte kein sachgerechtes Konstrukt für die heutige Hochschulbildung sind. DUZ Wissenschaft und Management. www.duz.de/beitrag/!/id/532/wir-muessen-neu-denken – Abruf am 09.03.2022.
- Middendorf, Elke et al.: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016, S. 30. www.dzhw.eu/pdf/sozialerhebung/21/Soz21_hauptbericht_barrierefrei.pdf – Abruf am 09.03.2022.
- Mittelstraß, Jürgen: Die unzeitgemäße Universität. Suhrkamp, 1994.
- Pasternack, Peer: Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potentiale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen. HoF-Handreichungen 2, 2013.
- Plonske, Eva Marie: Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Eva Marie Plonske (GRÜNE) vom 11. März 2021 zum Thema Kooperative Promotionen in Berlin, Drs. 18/26969. pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-26969.pdf – Abruf am 09.03.2022.

